Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krahnert. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.60 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.80 Mark, monatlich 5.60 Mark. Erscheint täglich in der Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 90 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 159. Montag, den 11. Juli 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich mit Mehrheit für die Aufhebung der Zwangswirtschaft zum 1. Oktober d. J. ausgesprochen.

•

Das Reichsgericht hat die beiden Generale v. Schack und v. Krussa freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden auf die Staatskasse übernommen.

•

Präsident Harding hat eine Konferenz zur Beratung über die Abrüstungsfrage vorgeschlagen.

Ententeschritt wegen Leipzig.

Eine gemeinsame Aktion.

Wie der Petit Parisien meldet, rechnen die französischen amtlichen Kreise darauf, daß die Anregung Briands in London und Brüssel binnen kurzer Zeit zu einem gemeinsamen Schritt der drei Mächte in Berlin führen wird, um gegen die angeblich höhnische Art zu protestieren, in der die deutsche Regierung ihre Versprechen bezüglich der Kriegsbeschuldigten ausführt.

•

Vermutlich dürfte die Frage bei der bevorstehenden Sitzung des Obersten Rates auf die Tagesordnung gesetzt werden. Soweit wir unterrichtet sind, hat die britische Regierung jedenfalls bis jetzt noch keine Anordnung getroffen, ihre Vertreter in Leipzig abzuberufen; während nach einer T.-U.-Meldung aus Brüssel die belgische Regierung bereits beschlossen haben soll, sich nach dem französischen Beispiel künftig bei den Verhandlungen nicht mehr vertreten zu lassen.

Kabinettssitzung über Leipzig.

Sonnabend mittag fand unter dem Vorsitz des am Morgen aus Breslau zurückgekehrten Reichskanzlers eine längere Sitzung des Reichskabinetts statt, in der neben laufenden Angelegenheiten vor allem auch die durch die Abberufung der französischen Vertreter bei den Reichsgerichtsverhandlungen geschaffene Lage zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht wurde. Irgendwelche Beschlüsse konnten nicht gefaßt werden, da eine amtliche Notifizierung der französischen Ablieferungsorder nicht eingegangen ist. Eine solche hat auch bis zum späten Abend nicht in Berlin vorgelegen.

Der englische Kronanwalt in Leipzig.

Reuter meldet: Der Solicitor general Sir Ernest Pollock ist nach Leipzig gereist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen Versenkung des Hospitalschiffes Landovery Castle.

•

Die Reutermeldung läßt nicht erkennen, ob Sir Ernest Pollock eine besondere Mission erhalten hat. Soviel darf man aus seiner Entsendung nach Leipzig aber schließen, daß England sich an der brüskierenden Stellungnahme Frankreichs nicht zu beteiligen gedenkt, wenigstens vorläufig nicht. Anderes konnte auch nicht gut erwartet werden. Bekanntlich war es der hier genannte Kronanwalt selbst, der die Objektivität des deutschen Reichsgerichts ausdrücklich anerkannt hat.

Eine Lehre für die Verbündeten.

Bei Besprechung der Leipziger Urteile schreibt Gaulois, die Haltung des Reichsgerichts sei eine Lehre für die Verbündeten. Es wäre vorzuziehen gewesen, auf die Verfolgung zu verzichten, die Frankreich nur eine zweifelhafte moralische Genugtuung gewähre. Anscheinend sei es zu spät, den Fehler wieder gutzumachen. — Auch Herve meint in der Victoire, daß es gegenwärtig vernünftig sei, die Verfolgung der Kriegsbeschuldigten fallen zu lassen. Frankreich müsse seine Forderungen auf die völlige Entwaffnung Deutschlands und auf die Zahlung der Reparationen beschränken. Leider werde die französische Regierung von der Berliner Regierung die Auslieferung der auf Verlangen Frankreichs verfolgten Verbrecher fordern, und bis Deutschland dem nachgekommen sei, würden die Sanktionen vom März aufrechterhalten bleiben. Es sei beklagenswert, daß dadurch das gute Werk des Friedens ebenso gefährdet werde, wie die Anstrengungen des unleugbar guten Willens des Kanzlers Dr. Wirth.

•

Wir sind mit den beiden Pariser Blättern ganz einer Meinung in der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, Frankreich hätte sich bei Behandlung der Kriegsverbrecher-Frage nicht von seinem blinden Haß und heuchlerischen Rachegift leiten lassen. Es hätte der Welt viel Unruhe gespart, wenn Frankreich in Ruhe die Erledigung dieser Frage durch Deutschland selbst abgewartet hätte. Vor allem hätten die Franzosen sich seinerzeit schon die Blamage erspart, mit ihrem Verlangen nach der Auslieferung der Beschuldigten vor dem einigen Willen des deutschen Volkes zurückweichen zu müssen. Sie werden gut tun, sich vor einer Wiederholung dieser Blamage zu hüten. Freilich — oder wie Herve sagt: leider — haben sie ja gegenwärtig den Sanktionenknüppel in der Hand, und wie wir unsere lieben Quäler kennen, werden sie nicht nur nicht unterlassen, ihm mit uns zu winken — das ist ja schon mit dieser Bemerkung Herves auf das deutlichste geschehen —, sie werden auch alle Anstrengungen machen, ihre Verbündeten dafür zu gewinnen, daß er zuguterletzt auf uns herniederfährt. Es bleibt dahingestellt, ob ihnen dieser Versuch gelingen wird. Die Entsendung Sir Ernest Pollocks nach Leipzig, die wir oben melden, dürfen wir uns vielleicht als einen Lichtblick auslegen. Wie die Dinge sich auch entwickeln werden, es dürfte an der Zeit sein, daß die deutsche Reichsregierung energisch die Stimmung des Volkes gegen den geplanten neuen Rechtsbruch der Franzosen zusammenzufassen sucht.

Reichstagsferien.

Nv. Mit dem Beginn des guten Wetters und mit dem Beginn der Schulferien hat auch der Reichstag seine Ferien angetreten. Den Reichstagsboten ist im allgemeinen ein Ferienaufenthalt wohl zu gönnen, denn eine schwere verantwortungsvolle und arbeitsreiche Zeit liegt hinter ihnen. Es braucht ja nur erinnert zu werden an die Erledigung der Reparationsfragen und an die Entscheidung über die Annahme des Ultimatums. Zu Beginn der Ferienzeit werden ja im allgemeinen Zensuren verteilt, und die Zensur für Fleiß muß für den Reichstag mit Gut gegeben werden. Aber der Fleiß macht es nicht allein, und an anderen Dingen hat es gemangelt. Das politische Geschick, mit dem eine Reihe von Fragen behandelt worden sind, war keineswegs übermäßig groß und im besonderen hat man, was die Fragen der auswärtigen Politik betrifft, keineswegs im Reichstag immer sehr glücklich operiert. Die Arbeit in den Ausschüssen wird ja vom großen Publikum meist immer noch zu wenig beachtet, trotzdem gerade hier oft die wichtigsten Entscheidungen fallen. Nach der jetzt bestehenden Ordnung hat es sich so herausgebildet, daß die Plenarsitzungen meist oft nichts anderes als Schaustellungen sind, dabei aber auch nur Schaustellungen niederen Grades, und Schaustellungen niedrigsten Grades, wenn es sich um solche Szenen handelt, wie sie durch das Renkontre Remmele—Mittelmann entstanden sind. Die stundenlangen Reden, die jetzt zur größeren Verherrlichung der Partei gehalten werden, könnte man sich wirklich sparen, da ja auch die Presse, die diesen Reden erst den Hintergrund geben muß, nicht in der Lage ist, das alles zu verbreiten, was hier gesprochen wird. Die Reden werden zum Fenster hinaus gehalten, aber sie können von den Untenstehenden noch nicht einmal vernommen werden. Die ganze Rederitis ist so zwecklos, daß sich Zweckloseres nicht denken läßt, und es wäre durchaus angebracht, wenn man sich endlich im Reichstag selbst überlegte, wie dem Uebel abgeholfen werden könnte. Das wird eine der nicht unwichtigen Aufgaben für die Zeit nach den Ferien sein. In den Ferien selbst bleiben nur die Steuerausschüsse beisammen, ebenso wird der Auswärtige Ausschuß mehrmals zusammengerufen werden. Das wird besonders nötig sein, wegen der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien, wird aber vielleicht schon nötig sein in der nächsten Zeit, wenn sich Komplikationen wegen der Zurückziehung der französischen Vertreter aus Leipzig ergeben sollten. So ganz sorgenlos sind also die Ferien unserer Reichstagsboten auch nicht. Dazu kommt noch, daß sich mancher von ihnen doch Gedanken darüber machen wird, mit welcher Regierung die neuen Steuern gemacht werden sollen. Die Regierung Wirth ist einstweilen bis in den Herbst hinein gesichert, was aber dann geschehen wird, ist heute noch nicht vorauszusehen. Nur soviel scheint festzustehen, daß es auch im kommenden Herbst und im nächsten Winter im Wallotb-Bau Schwierigkeiten genug zu überwinden geben wird.

Bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien.

Ministerpräsident Briand hat in Paris zwei Kammermitglieder empfangen, die der parlamentarischen Gruppe der Freunde Polens angehören. Ausgerechnet diesen beiden Deputierten erklärte der französische Ministerpräsident, daß er in einigen Tagen bereits den Bericht der Oppelner J. K. erwarte, der einen einstimmig gefaßten Lösungsvorschlag für die Teilung Oberschlesiens enthalten soll. Danach ist kaum daran zu zweifeln, daß das Schicksal Oberschlesiens sich in Kürze entscheiden wird. Das war auch der Grund, warum der Reichskanzler Dr. Wirth nach Breslau fuhr, um dort alle Parteien und Kräfte auf einen einheitlichen Standpunkt zurückzuführen. Im wesentlichen scheint ihm das gelungen zu sein, und man kann nur wünschen und hoffen, daß nicht durch eine nachträgliche Pressekritik die Erfolge von Breslau gefährdet werden. Der Reichskanzler hat allen Parteien Gerechtigkeit widerfahren lassen. Von besonderem Wert ist es, daß sich auch alle Parteien Schlesiens in dem festen Willen mit der Regierung vereinigen, allen Umsturzbewegungen energisch entgegenzutreten. Dr. Wirth hat in Breslau noch einmal feierlichst auf Deutschlands Recht hingewiesen, Oberschlesien ungeteilt zu behalten. Dieses Recht soll aber nicht mit den Waffen von deutscher Seite erkämpft werden. Wie schlimm die Franzosen ihre Herrschaft ausüben, zeigt eine Meldung aus Schlesien, wonach sie geneigt waren, deutsche Geiseln in Beuthen zu erschießen, wenn der Mörder des Majors Montalegos nicht in kürzester Zeit gefunden würde. Selbst Briand hat zugeben müssen, daß es unter den Umständen, unter denen die Tötung erfolgt sei, schwer sein würde, den Urheber zu entdecken.

Die Ausweisung Korfantys.

Zu den angeblichen Verhandlungen der französischen und englischen Mitgliedern der interalliierten Kommission in Oberschlesien über die Ausweisung Korfantys aus Oberschlesien erfahren wir an zuständiger Stelle, daß sich Korfanty vorläufig noch im Lande befindet; er ist am Freitag noch in Schoppinitz gewesen. Infolge der Amnestie sei es zwar nicht möglich, Korfanty zur Rechenschaft zu ziehen, aber zweifellos fällt Korfanty unter die Personen, die Oberschlesien zu verlassen haben. General Höfer, der ein geborener Oberschlesier ist, hat gemäß dem Abkommen Oberschlesien verlassen; Korfanty bleibt jedoch in Oberschlesien. Wenn es sich bestätigt, daß sich Korfanty dauernd auf oberschlesischem Boden aufhält, so wird die Regierung die nötigen Schritte tun.

Entwaffnung nur bei den Deutschen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die restlose Entwaffnung der oberschlesischen Selbstschutzorganisation des Generals Höfer eine der nächsten Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission an die deutsche Regierung sein. General Nollet wird verlangen, daß die Entwaffnung unter Kontrolle von Mitgliedern der Interalliierten Kommission stattfindet, da es sich um Formationen handele, über die Deutschland nach dem 30. Juni nicht mehr verfügen dürfe. Die Interalliierte Kommission wird um Uebersendung von Listen über die bei den einzelnen Abteilungen befindlichen Waffen ersuchen und die Durchführung der Entwaffnung bis zu einer gewissen Zeit verlangen. Die neue interalliierte Forderung sei auf ein besonderes Ersuchen des Generals Gerond an General Nollet zurückzuführen, da sich Gerond durch ein längeres Verweilen bewaffneter Selbstschutzabteilungen in Mittelschlesien im Interesse der baldigen Wiederkehr geordneter Verhältnisse in Oberschlesien beunruhigt fühlt.

Die Schäden des Polenaufstandes.

Der Oppelner Korrespondent des schweizerischen Pressedienstes meldet, daß nach seiner Zusammenstellung durch den Insurgentenaufstand in Oberschlesien Werte von über 2 Milliarden Mark vernichtet seien und daß über 500 Personen, meistens Deutsche, ihr Leben verloren hätten.

Der vierte Aufstand in Oberschlesien.

Aus Kongreßpolen sind über die Grenze in den letzten Tagen wieder große bewaffnete Insurgantenhaufen herübergekommen und haben sich in Myslowitz und Umgegend festgesetzt. Man spricht in eingeweihten Kreisen offen davon, daß man vor einem vierten Aufstande stehe. Myslowitz und mehrere Landorte sind wieder so gut wie von Insurgenten besetzt.

Der polnische Aufstand der Form nach beendet.

Der Kattowitzer Korrespondent der Times meldet, die Liquidation des polnischen Aufstandes sei mehr der Form nach als de facto erfolgt. Im östlichen Teil z. B. seien die von Korfanty eingerichteten Verwaltungen noch in Tätigkeit.

Der Friede mit Amerika.

Die Frage der diplomatischen Vertretung.

Die letzten Nachrichten aus Washington lassen noch nicht die erwünschte Klarheit über die durch die Annahme der Friedensresolution im amerikanischen Senat und Repräsentantenhaus geschaffene Lage gewinnen. An den maßgebenden Stellen der Regierung legt man sich darum einstweilen noch die unter solchen Umständen selbstverständliche Zurückhaltung auf. Neueste Berichte, die in Berlin eingegangen sind, besagen, daß auch die amerikanische Regierung die gänzliche Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen erst nach dem Abschluß eines Friedensvertrages erwartet. Daß der Versailler Vertrag in unveränderter Fassung von Amerika nicht übernommen werden wird, scheint bereits festzustehen. Ueber die Abänderungsvorschläge des Staatssekretärs Hughes ist schon berichtet worden. Jedenfalls werden besondere Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen aufgenommen werden müssen, damit man sich über die Friedensbedingungen, die dann als endgültige Grundlage zu gelten hätten, verständigen kann. Mit einer einseitigen Willenserklärung wie sie in der amerikanischen Friedensresolution vorliegt, ist die Frage natürlich noch nicht gelöst.

Zunächst wird also irgendwelche offizielle Benachrichtigung aus Washington abgewartet werden müssen. Nach deren Eintreffen erst wird auch in Beratungen über die künftige Vertretung Deutschlands in Washington eingetreten werden können. Die amerikanische Regierung scheint zunächst noch ihren Geschäftsträger, Herrn Dresel, der sich um die Interessen beider Länder durch seine sachliche Arbeit sehr verdient gemacht hat, in Berlin belassen zu wollen. Somit wäre einstweilen auch für Deutschland die Ernennung eines Botschafters in Washington noch nicht akut; prob-